

# BER-NEWS

## Nachrichten aus dem BundesElternRat

Geschäftsstelle:  
Albert-Buchmann-Str. 15  
16515 Oranienburg  
Postanschrift:  
PF 100121  
16501 Oranienburg  
Tel.: (0 33 01) 57 55 37  
Fax: (0 33 01) 57 55 39  
E-Mail: [info@bundeselternrat.de](mailto:info@bundeselternrat.de)

12. Ausgabe / Februar 2007

### VORWORT

Liebe Eltern,  
liebe interessierte Leserinnen und Leser,

auch die Ausgabe 12 der BER-NEWS soll Sie über aktuelle Entwicklungen und Ereignisse zu Beginn des Jahres 2007 aus Sicht des Bundeselternrates informieren. Neu ist dabei, dass wir den Berichten und Eindrücken von Veranstaltungen an denen Vertreter des BER teilgenommen haben sowie den Berichten aus den Ländern mehr Platz einräumen.

Wie in den Vorjahren wird der BER auch dieses Jahr mit den jeweiligen Landeselternvertretern einen eigenen Stand auf der didacta, diesmal in Köln, haben. BER-Vertreter, Vorstands- und Hauptausschussmitglieder sowie Vertreter der im BER aktiven Landeselternvertretungen aus Nordrhein-Westfalen werden sich als kompetente Elternvertreter den Besuchern zu Gesprächen stellen und auch an Workshops, Vorträgen und Seminaren teilnehmen. Die daraus gewonnen Informationen, Eindrücke und Meinungen erfahren Sie dann im nächsten Newsletter.

Ein besonderer Dank gilt den Hauptausschussmitgliedern und den vielen Länderdelegierten, die sich intensiv engagieren und damit beitragen, dass der Bundeselternrat eine neue Stabilität erhält. Dies spiegelt sich auch in der neuen Arbeitsverteilung zur Vorbereitung der Tagungen des Bundeselternrates wieder, an der die Fachausschussvorsitzenden des BER verstärkt mitarbeiten. Die Referatsthemen aber auch die Länderfragen können so noch besser auf die Bedürfnisse und Fragen der Ausschüsse abgestimmt werden.

Die Frühjahrspartenartagung vom 15. –17. Juni in Soest wird neben dem Thema „Ästhetische Bildung“ auch die Neuwahlen im Vorstand beinhalten. Die Vorbereitungen, die ihren Abschluss auf der nächsten Hauptausschusssitzung am 05. Mai 2007 erhalten werden, sind bereits im vollen Gang und werden durch die AG Wahlvorbereitung unterstützt.

Wir hoffen, dass diese etwas veränderte Version unseres Newsletter auf Ihre Zustimmung trifft und Sie viele Informationen finden, die Sie für Ihre Praxis brauchen können.

Mit freundlichen Grüßen

Anja Ziegion  
Amtierende Vorsitzende des Bundeselternrates

Die Nachrichten aus dem BundesElternRat, die BER-NEWS, können über der Homepage des Bundeselternrats ([www.bundeselternrat.de](http://www.bundeselternrat.de)) direkt bestellt (und natürlich auch abbestellt) werden.

## INHALT

<b>FORUM DEMOGRAPHIE DES BUNDESPRÄSIDENTEN</b>	<b>3</b>
<b>INITIATIVE LÄNGERES GEMEINSAMES LERNEN</b>	<b>3</b>
<b>PEB – PLATTFORM ERNÄHRUNG UND BEWEGUNG</b>	<b>3</b>
<b>KMK-WORKSHOP BILDUNGSMONITORING</b>	<b>4</b>
<b>WERKSTATT - SCHULE UND ANERKENNUNG</b>	<b>5</b>
<b>BERICHTE AUS DEN LÄNDERN</b>	<b>6</b>
<b>MOBBING - SCHLUSS DAMIT!</b>	<b>12</b>
<b>VISION 2007 ONLINE</b>	<b>13</b>
<b>KURZNACHRICHTEN</b>	<b>14</b>
<b>IMPRESSUM.....</b>	<b>14</b>

## **FORUM DEMOGRAPHIE DES BUNDESPRÄSIDENTEN**

Das Forum fand im Dezember 2006 in Berlin statt. Die herausragende Kernaussage des Bundespräsidenten für Eltern dürfte sich wie folgt zusammenfassen lassen: Die Gewinne aus Kindern, der nachwachsenden Generation werden vergesellschaftet und sollen allen zustehen, als da wären die Rentenzahlungen, die erwirtschafteten volkswirtschaftlichen Gewinne und anderes mehr. Mit den Kosten für die Kinder lässt man aber Familien weitestgehend allein. Dieses Ungleichgewicht ist nicht weiter hinnehmbar.

Anmerkungen von Anja Ziegler, amtierende Vorsitzende des BER, als Teilnehmerin des Forums: Hierzu gehören selbstverständlich auch die Kosten für Bildung. Kein Kind darf zurückgelassen werden. Allein hierdurch gebietet sich schon eine Entkoppelung von individueller Förderung und Forderung von den Finanzierungsmöglichkeiten der Eltern. Individuelle Förderung und Forderung, die die Möglichkeiten des einzelnen Kindes optimal zu entwickeln hilft, muss an allen Schulen umgesetzt werden. Die hierzu notwendigen Ressourcen sind von der Gesellschaft als Ganzes zur Verfügung zu stellen. Auch hierbei gebietet sich eine Entkoppelung von den finanziellen Möglichkeiten der einzelnen Ländern. Nur eine gut ausgebildete Generation wird in der Lage sein, die vor ihr liegenden Herausforderungen meistern zu können und die wachsende Zahl an alten, nicht mehr erwerbstätigen Menschen mitfinanzieren zu können.

## **INITIATIVE LÄNGER GEMEINSAM LERNEN – SITZUNG**

Während der letzten Sitzung der Initiative Länger gemeinsam Lernen am 10.02.2007, in der der BER Mitglied ist, wurde diskutiert welche Punkte als nationale Bildungsziele angesehen werden könnten. Im Brainstorming wurden folgende, weder endgültige noch abschließende, Punkte festgehalten:

- „Integration“ aller „Sonderschüler“ ins allgemeine Schulsystem
- Demokratie lernen in demokratischen Schulstrukturen
- 70 % eines Jahrgangs sollen innerhalb der nächsten 10 Jahre das Abitur erreichen
- alle Kinder auf gesellschaftlich notwendige Mindeststandards bilden
- Entkopplung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft
- Selbststeuerung als Prinzip

Ebenso wurde die Neuauflage der PISA-Lupe beschlossen. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter [www.laenger-gemeinsam-lernen.de/pisalupe.html](http://www.laenger-gemeinsam-lernen.de/pisalupe.html) . :

## **PEB – PLATTFORM ERNÄHRUNG UND BEWEGUNG**

In der Plattform Ernährung und Bewegung (peb), der BER ist hier Mitglied, wurde in der Sitzung am 23.01.2007 über den Stand der vorgesehenen Projekte berichtet. Dies sind:

- Forum Risikogruppen
- Fachtagung Bewegungs(t)räume
- Kita-Frühling Halle
- Messeauftritt Grüne Woche

Der BER möchte darüber hinaus über peb ein Projekt initiieren, das unter dem Titel „Eltern machen mit – Kinder bleiben fit!“ laufen soll. Hierbei soll gerade der Zugang zu Eltern aus bildungsferneren Familien erreicht werden um in kleinschrittiger Zusammenarbeit Informationen zu Ernährung und Bewegung zu geben, die diese auch in ihre Lebenswelten positiv einbauen können.

## **KMK-WORKSHOP ZUM THEMA „BILDUNGSMONITORING“**

Bericht von Anja Ziegion, amtierende Vorsitzende des BER

Der KMK-Workshop zum Thema "Bildungsmonitoring" fand am 13. Februar 2007 in Berlin statt. Die KMK sieht eine Umstellung der Schulstatistik auf Individualdaten vor. Mit Hilfe der im Kerndatensatz (KDS) festgelegten Daten soll die Statistik auf die Sammlung von Daten der einzelnen Schüler umgestellt werden, um Bildungsverläufe, aber auch Bildungsbrüche nachzeichnen zu können. In der Veranstaltung stellte die KMK dar, dass es aus ihrer und aus Sicht der Wissenschaft unabdingbar wäre, die Individualdaten aller Schüler in Deutschland zu erheben. Hieran ergeben sich aber aus meiner Sicht, zumindest so wie das Bildungsmonitoring zur Zeit vorgesehen ist, erhebliche Zweifel.

Herr von Bose, Vertreter der Datenschützer, hat sehr gut, klar und deutlich die berechtigten Einwände des Datenschutzes vorgetragen. Insbesondere die Sinnhaftigkeit der Erhebung in ihrer Breite und die, nach Ansicht der Datenschützer, vorliegende Rückverfolgbarkeit der Daten auf den einzelnen Schüler waren genannte Problempunkte. Die Vertreter der KMK versuchten darzustellen, dass eine Rückverfolgung der Daten, auch bei Verlaufsstudien, völlig ausgeschlossen wäre. Dies bleibt aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar, da ja gerade der Bildungsverlauf einzelner Schüler nachvollzogen werden soll. Damit die Daten des Vorjahres mit denen des jeweils aktuellen Jahres verknüpft werden können, wäre eine Rückführbarkeit der Daten auf den einzelnen Schüler eine unbedingte Voraussetzung. Ein Vorschlag war sich nur von ganzen Schulen die Daten melden zu lassen ohne die Daten des einzelnen Schülers. Auch dies dürfte, für das was die Wissenschaft erforschen will, nämlich inwieweit sich der einzelne Schüler aus bestimmten Herkunftssituationen aber auch in bestimmten Fördersituationen entwickelt, schwierig sein.

Insgesamt handelt es sich bei dem Bildungsmonitoring um einen Grundrechtseingriff, der durch den Staat zu rechtfertigen ist. Dies wäre der Fall wenn

- der Eingriff geeignet wäre das gewünschte Ziel zu erreichen,
- der Eingriff erforderlich wäre, dass heißt, dass das Ziel nicht durch andere weniger massive Eingriffe zu erreichen ist, und
- der Eingriff verhältnismäßig wäre, also das Ziel des Eingriffs damit abgewogen wird wie schwer der Grundrechtseingriff sich insgesamt auswirkt.

Bei dem vorgesehenen Bildungsmonitoring ergeben sich schon Zweifel daran, ob dieser Eingriff überhaupt geeignet ist das gewünschte Ziel zu erreichen. Ziel soll es sein Bildungsverläufe, aber auch Bildungsbrüche nachzeichnen zu können. Anzustreben sei eine „übergreifende personenbezogene Bildungskennziffer möglichst vom Kindergarten bis hin zur Berufsbildung bzw. zum Hochschulbereich, ggf. auch für den Weiterbildungsbereich“ (Handlungsempfehlungen für die Datengewinnungsstrategie für die nationale Bildungsberichterstattung, Bericht des Sekretariats der KMK, Bonn, den 17.5.2006, S. 6). Diese Schüler-ID wird nach den Planungen angereichert um die in dem Kerndatensatz angegeben und sehr detaillierten Informationen über den Bildungsverlauf eines Schülers bzw. einer Schülern. Was allerdings der genaue Inhalt des Kerndatensatz sein soll konnten oder wollten die Vertreter der KMK in der Veranstaltung nicht aufzählen, obwohl es dazu ein Papier existieren soll, das dem BER aber nicht vorlag. Da wir 16 verschiedene Schulsysteme in Deutschland haben und alle Förder- und Fördermaßnahmen ebenfalls 16 Mal verschieden sind, ist aber über einen Kerndatensatz, der nicht genau aufschlüsselt in welcher Form ein Schüler Unterstützung bekommen hat (binnendifferenziert, von ausgebildeten / nicht ausgebildeten Pädagogen, ab wann mit welcher Diagnostik) und damit wieder auf den einzelnen Schüler rückführbar wird, nicht geeignet um einen Überblick zu erhalten, welche Bereiche des Schulsystems anders gesteuert oder geändert werden müssten. Hierauf wiesen, neben den Datenschützern, die das Hauptpublikum der Veranstaltung stellten, auch

Frau Demmer von der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft sowie die amtierende Vorsitzende des Bundeselternrates, Anja Ziegler, in ihren Diskussionsbeiträgen hin. Auch die Erforderlichkeit wurde bezweifelt, da auch breite Stichproben zum gleichen Ergebnis führen würden wie eine Vollerfassung. Dies wurde auch von den anwesenden Bildungswissenschaftlern eingeräumt. Aber auch bei den Stichproben wäre es fraglich, ob diese geeignet wären das eigentliche und oben dargestellte Ziel zu erreichen. Letztlich ist eine zentral geführte Schüler-ID, die auf einen einzelnen Schüler rückführbar wäre und nicht gleichzeitig mit Rechten des Schülers auf eine sich aus den Daten ergebende und seinen Bedürfnissen entsprechende Förderung und Forderung bzw. Nachteilsausgleich ausgestattet ist, für uns Eltern nicht nachvollziehbar und auch nicht zumutbar.

## **WERKSTATT – SCHULE UND ANERKENNUNG**

Am 23.02. fand die Werkstatt „Schule und Anerkennung“ an der Universität Bielefeld statt. Frau Gertrud Nummer-Winkler hielt hierzu ein Referat über die „Anerkennung moralischer Normen zur Entwicklung bei Jugendlichen“. Diese würden auch durch den öffentlichen Diskurs in ihrer Moral beeinflusst, was am Beispiel des Diskurses über Jungen- und Mädchenunterschiede dargestellt werden sollte. In der von Frau Nummer-Winkler erstellten Studie stellte sich heraus, dass die moralische Motivationen bei Jungen um so stärker sinkt um so mehr sie sich mit ihrem Geschlecht identifizieren. Bei Mädchen blieb die moralische Motivation, unabhängig von der Stärke ihrer Identifikation mit ihrem Geschlecht, gleichmäßig hoch.

Bei der Betrachtung von Individualverläufen ergeben sich innerhalb der Entwicklungen starke Schwankungen, so dass der Schluss von frühkindlicher moralischer Motivation auf das Erwachsenenleben nicht möglich ist.

Besonderen Einfluss nahmen die Peergroup, die Schule und dort insbesondere das Schulklima, wobei auch Eltern nicht zu vergessen seien aber eben nicht den Haupteinfluss hätten.

Herausgearbeitet wurde, dass die alleinige Festlegung von moralischen Standardwerten allein nicht ausreicht. Hinzu kommen müsste eine positivere Besetzung der Geschlechterstereotypen.

Der zweite Vortrag wurde von Frau Dr. Wiezorek zum Thema „Schulische Anerkennungskultur“ gehalten. Ihre Thesen waren:

1. Die Schule entfaltet ihr politisches Bildungspotenzial, wenn sie als Anerkennungsraum den Jugendlichen Erfahrungen der Partizipation und eines demokratischen Umgangs miteinander ermöglicht.
2. Für die einzelnen Schulen und Schulformen sind damit verschiedene Herausforderungen und Bewährungsproben verbunden.
3. Für die Realisierung politischer Bildungsprozesse für die Schüler ist eine kollegiale Kooperations- und Anerkennungskultur unter den Lehrenden unabdingbar.
4. Politische Bildungsprozesse können dann umfassend realisiert werden, wenn sie vom konkreten Handeln im „Kleinen“ abgehoben und auf die Ebene kollektiver Entscheidungsprozesse in der „großen“ Gemeinschaft bezogen werden und umgekehrt.

### **3. BERICHTE AUS DEN LÄNDERN**

#### **Landeselternbeirat Hessen:**

##### **Resolution zu Unterrichtsgarantie Plus**

Der Landeselternbeirat von Hessen hat in seiner Sitzung vom 9. Dezember 2006 die nachfolgende Resolution einstimmig beschlossen:

In der vergangenen Woche wurde durch das Hessische Kultusministerium die Auswertung zur Unterrichtsgarantie Plus vorgelegt. Dazu nimmt der Landeselternbeirat von Hessen auf der Basis der Rückmeldungen der Stadt- und Kreiselternbeiräte von Hessen wie folgt Stellung:

Die positiven Meldungen des Hessischen Kultusministeriums zum Thema Unterrichtsgarantie Plus entbehren jeder realen Grundlage und verkennen völlig die Situation an den hessischen Schulen.

Wir stellen fest:

1. Eine „Unterrichtsgarantie“ kann auf diese Weise nicht erreicht werden.
2. Die Eltern lehnen den Einsatz von nicht pädagogisch ausgebildeten Lehrkräften ab.
3. Es besteht hoher organisatorischer Aufwand für Schulen und Schulämter, der immense Kosten verursacht.
4. Die für Vertretungskräfte aufgewendeten Mittel in Höhe von 42 Mio. € kommen einem qualifizierten Unterricht nicht zugute.
5. Unterrichtsgarantie Plus ist an Förderschulen nicht umsetzbar.

Deshalb fordert der Landeselternbeirat Hessen:

1. Qualifizierte Unterrichtsvollabdeckung ausschließlich durch qualifizierte Lehrkräfte an allen Schulen und in allen Jahrgangsstufen, auch an den Oberstufen und den beruflichen Schulen.
2. Hierfür ist die Einstellung zusätzlicher hauptamtlicher Lehrkräfte an allen Schulen erforderlich.
3. Einrichtung einer mobilen Lehrerreserve bei den Schulämtern.
4. Verwendung der für Unterrichtsgarantie Plus und den zugehörigen Verwaltungsaufwand aufgewendeten Mittel für die Aufstockung der Lehrkräfte.

Hierzu sind auch zusätzliche Mittel erforderlich, die aber angesichts der Dringlichkeit der Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen unerlässlich sind.

Grundsätzlich begrüßen wir das Konzept einer verlässlichen Schule, aber qualifizierter Unterricht ist mehr!

Kerstin Geis

Armin Wagner

Walter Planz

Vorstand des Landeselternbeirates von Hessen

#### **Landeselternrat Mecklenburg-Vorpommern**

Der Landeselternrat MV hat seine Unterschriftensammlung zum Volksbegehren abgeschlossen. Mit dem Volksbegehren soll eine Änderung des Schulgesetzes erfolgen. Dazu hat der Landeselternrat MV ein Änderungsgesetz entworfen, das eine maximale Schüler-Lehrerrelation von 18/1 an Grundschulen bzw. 22/1 an weiterführenden Schulen sowie maximale Schulwegzeiten für alle Schularten vorsieht. Der Vorsitzende, André

Wionsek, übergab am 20.02.2007 die Unterschriftenlisten an die Landtagspräsidentin mit den Worten „Bei 100.000 haben wir aufgehört zu zählen.“ Benötigt werden 120.000 Unterschriften, deren Gültigkeit nun vom Landeswahlleiter geprüft werden muss. Zur Information: das sind 10 Prozent aller Wahlberechtigten in Mecklenburg-Vorpommern. Wird die erforderliche Unterschriftenzahl erreicht, so muss der Landtag das Änderungsgesetz so annehmen oder einen Volksentscheid herbeiführen. Die Mittel für die Information der Bürger durch die Initiatoren des Volksbegehrens hat dann das Land zu tragen. Beides, Annahme des Änderungsgesetzes als auch Volksentscheid, wäre bisher einmalig in Mecklenburg-Vorpommern.

Das Volksbegehren ist aber auch so schon ein voller Erfolg. Durch den Druck des Volksbegehrens sah sich der Landtag gezwungen die vom Landeselternrat seit langem geforderte Bildungskommission einzusetzen. Diese besteht aus 15 Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Lehrern, Vertretern freier Schulen, Schülern und Eltern. Seit Oktober 2006 arbeitet diese Kommission an einem Konzept, das künftig die individuelle Förderung und Forderung sowie lebenslanges Lernen unterstützt und Brüche nicht zu Abbrüchen werden lässt. Für die Eltern in MV wurde Anja Ziegion als Mitglied des Landeselternrates berufen.

## **Landeselternrat (Gesamtschulen) NRW e. V.:**

"Alles Blau" von Tim Staffel ist ein Theaterstück zur Suchtprävention. Es wurde vom Deutschen Bühnenverband mit dem Förderpreis der Landesbühnen 2003 ausgestattet. Die Uraufführung spielte Philipp Denzel. Seither wurde es u. a. vom Ernst Deutsch Theater in Hamburg aufgeführt.

Inhalt:

Axel, ein junger Mann, trifft seinen Freund Malte in einem Hotel. Während er wartet, erzählt Axel von den gemeinsamen Erlebnissen. Man lernt sein Umfeld kennen, die Begegnung der beiden, seine Eltern, die ihn zu einer Bankkaufmannsausbildung drängen, seine Schwierigkeiten im Studium und die Bedeutung der Freundschaft zwischen Malte und Axel. Schnell stellt sich heraus, dass sich die beiden eine Parallelwelt schufen und die Eintrittskarte zu dieser Welt Drogen waren. Sie flüchteten vor ihren Problemen, indem sie ihre Wohngemeinschaft zu einem Hotel machten. Von dort aus bereisten sie, ohne sich vom Fleck zu rühren, die ganze Welt.

Nun erinnert sich Axel und wird immer stärker auf den Boden der Realität zurückgeholt. Er muss erkennen, dass das Hotel, in dem er wartet, kein Hotel ist, dass Malte von ihrer letzten Reise nicht mehr zurückgekommen ist und weder heute noch morgen auftauchen wird.

Axel befindet sich in einer Entziehungsanstalt, in einem Krankenhaus und will die Realität nicht wahrhaben. Trotz seiner Angst spürt er, dass der einzige Weg zurück ans Licht über den bewussten Umgang mit seiner Vergangenheit führt. Er kämpft!

Weitere Informationen finden Sie auf: [www.menschsein.de](http://www.menschsein.de)

für den Landeselternrat NW e.V.  
Karin Osthus-Bleisch

## **Landeselternrat Sachsen:**

**Ausschuss zur Förderung von Kindern mit Entwicklungsbesonderheiten arbeitet seit einem Jahr**

Kinder sind verschieden und ein jedes ist besonders. Eine Reihe von Besonderheiten führen aber für die Betroffenen regelmäßig zu schwerwiegenden Problemen und Konflikten in der Schule. Zu diesen Besonderheiten zählen als Häufigste das Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom (ADS), die Legasthenie sowie die Dyskalkulie. Deutlich über 10 % aller Schulkinder sind vom einen oder anderen oder sogar einer Kombination betroffen.

Kinder, die Lern- oder Entwicklungsbesonderheiten aufweisen, haben es in der Schule schwer: Dyskalkulie führt dazu, dass Betroffene beim Regel-Matheunterricht rasch zurückfallen, Legastheniker bekommen ohne gezielte Unterstützung beim Lesen und Schreibenlernen große Probleme, ADS kann sich in allen Fächern auf die Noten auswirken. Schulen stellen sich meist ausschließlich auf das „Durchschnittskind“ ein. Bei Kindern mit Entwicklungsbesonderheiten bleiben daher die vorhandenen Stärken unerkannt, ständige Misserfolge schwächen zwangsläufig das Selbstwertgefühl. Leicht werden Negativspiralen in Gang gesetzt, durch die es zu Störungen der Persönlichkeitsentwicklung kommt und zu einem Bildungsweg, der weit unter den Potentialen bleibt.

Individuelle Förderung - ein aktuelles Schlagwort der Bildungspolitik - kann Hilfe bringen, ist aber bisher an vielen Schulen und bei vielen Lehrern eher eine Phrase. Bezüglich der Legasthenie gibt es im Bundesland Sachsen eine routinemäßige Diagnostik und Unterstützung durch spezielle LRS-Klassen und ein Regelwerk zum Nachteilsausgleich. Für die entsprechend gelagerte Dyskalkulie fehlen bisher jedoch Regelungen und auch bei ADS bleibt eine fundierte Unterstützung zumeist aus. Das Hauptproblem besteht darin, dass für die Lehrer keine Anreize zur gezielten Förderung bestehen. Daher gehen sie meist den einfachen Weg, Kinder bei Schwierigkeiten eine Klasse wiederholen zu lassen oder sie auf eine Förderschule abzuschieben.

Kinder mit Entwicklungsbesonderheiten finden sich in jeder Klasse und in allen Schultypen, sie stellen jedoch in den Regelschulen eine Minderheit dar. Dementsprechend gibt es üblicherweise auch keine gezielte Elternvertretung für sie, obwohl sie diese besonders dringend benötigen.

In dieser Situation wurde in Sachsen von Eltern betroffener Kinder im Rahmen des Landeselternrates ein neuer Ausschuss über alle Schularten hinweg gebildet. Während sich zunächst Interessierte formlos zusammaten, fanden kürzlich, nach gut einem Jahr Aktivität, bereits in den Kreiselternvertretungen Wahlen für diesen Ausschuss statt. Dass der Bedarf besteht, zeigt sich an einer rasch wachsenden Zahl von Anfragen durch Rat suchende Eltern.

Die Ziele des Ausschusses bestehen darin

- hilfreiche Informationen für Betroffene, Eltern und Lehrer bereitzustellen
- die Situation an den Schulen für betroffene Kinder zu verbessern, z.B. durch Aufklärung der Eltern einerseits, der Lehrer andererseits
- die Nöte der betroffenen Kinder und die Sorgen und Erfahrungen der Eltern in das Kultusministerium hineinzutragen und dort für Verbesserungen der Rahmenbedingungen zu werben.

Einige Etappenziele haben wir bereits erreicht:

- Wichtige Informationen und Hinweise haben wir auf der Internetseite [www.ler-sachsen.de](http://www.ler-sachsen.de) zusammengestellt (unter: →Schulausschüsse →Ausschuss zur Förderung von Kindern mit Entwicklungsbesonderheiten)
- Wir arbeiten mit verschiedenen Verbänden und Arbeitskreisen zusammen. Es gibt erste sehr aktive Arbeitsgruppen von Eltern auf Kreisebene. Eltern betroffener Kinder finden dadurch Rückhalt, können sich besser informiert und mit mehr Selbstbewusstsein für ihre Kinder einsetzen.
- Mitglieder unseres Ausschusses arbeiten im Landesbildungsrat mit bzw. führen Lehrerweiterbildungen durch.
- Wir sind mit Vertretern des Kultusministeriums im Gespräch.

Eine gezielte schulische Förderung von Kindern mit Entwicklungsbesonderheiten ist im Interesse der Allgemeinheit: Sie verspricht nicht nur Verbesserungen für die Betroffenen, sondern dürfte auch einen hohen Beitrag zur Verbesserung der Leistungsdurchschnitte (z.B. PISA), sowie zur Verminderung von einerseits Aggression und Gewalt an den Schulen und andererseits der Quoten der Schulabbrecher und der funktionalen Analphabeten bei Schulabgängern leisten.

Im vergangenen Jahr richteten wir an die Landeselternvertretungen vieler Bundesländer eine Anfrage per E-Mail bzgl. der jeweiligen Unterstützungssysteme für Kinder mit Entwicklungsbesonderheiten und bzgl. entsprechend ausgerichteter Aktivitäten der Elternvertreter. Leider bekamen wir damals nur eine einzige Rückmeldung. Vielleicht erhalten wir ja eine Resonanz auf den vorliegenden Artikel? Vielleicht ist sogar eine bundesweite Vernetzung möglich? Wir würden uns sehr darüber freuen.

Dr. Astrid Grüttner

Vorsitzende des Ausschusses zur Förderung von Kindern mit Entwicklungsbesonderheiten (FKE) im Landeselternrat Sachsen

[Astrid.gruettner@web.de](mailto:Astrid.gruettner@web.de)

Tel.: 0351/8116310

## **LER Landeselternrat Sachsen – Anhalt**

**Was ist eine gute Schule?** Diese Frage ist nicht allgemein, sondern nur im Kontext zu beantworten. Die hier vorgetragenen Punkte zielen nicht auf einen als gut definierten Endzustand, sondern vielmehr auf einen Prozess, in dem sich Schulen auf unterschiedlichen Feldern um Verbesserung bemühen.

Wichtig für eine gute Schule sind:

- die Frage: Wie werden wir unseren Kindern gerecht?
- ein hohes Maß an Kommunikation, Konsens und Kooperation.
- eine positive Einstellung zu Kindern und Jugendlichen.
- ein lebendiges Schulleben.
- dass Schulleiterinnen und Schulleiter die Entwicklung vorantreiben können (Eigenständigkeit)
- mit Eltern und dem Umfeld der Schule zu kooperieren.
- Fortbildung an konkreten Problemen der Schule zu orientieren.

**Wie werden wir unseren Kindern gerecht?** Eine öffentliche Schule kann sich ihre Kinder nicht aussuchen. Es kommen Kinder mit höchst unterschiedlichen Biographien, mit vielfältigen Talenten und mit manchen Problemen belastet. Weil dies so ist, müssen Schulen Kinder immer erst einmal so nehmen, wie sie sind. Sie müssen jedes Kind als Person annehmen. Und sie sollten erreichen, dass Kinder in der Gemeinschaft mit anderen ihre individuellen Potentiale entwickeln. Kinder sollen dabei mit Freude lernen, aber man darf auch Anstrengung und Engagement von ihnen erwarten. Man wird nicht erreichen, dass alle Kinder einer Klasse oder Gruppe zur gleichen Zeit über gleiche Fähigkeiten verfügen. Eine Schule in einem sozialen Brennpunkt wird anders arbeiten als in einem „normalen“ Umfeld.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für das gute Gelingen von Schule ist, dass Lehrerinnen und Lehrer ihre eigene Arbeit immer wieder selbstkritisch überprüfen und sie mit anderen erörtern. Auch die Frage "Wie werden wir unseren Kindern gerecht?" ist nur in

gemeinsamen Gesprächen von allen, an Schule Beteiligten, zu klären. Wobei letztgültige Antworten wohl niemals erreichbar sind. Eine Schule, an der viel nachgedacht und viel diskutiert wird, wird auch versuchen, eine weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich grundlegender Zielsetzungen zu erreichen. Die Kommunikation sollte sich zudem nicht auf die eigene Schule beschränken. Der Austausch mit anderen Schulen und Einrichtungen kann überaus fruchtbar und anregend sein.

Wenn Lehrerinnen und Lehrer ihre Schüler so nehmen wie sie sind, nicht wie sie sein sollten, mit ihren Stärken und Interessen, aber auch in ihren Schwierigkeiten, können wirkliche Fortschritte und Erfolge im pädagogischen Prozess erzielt werden. Eine gute Schule lebt auch vom pädagogischen Optimismus, von der festen Überzeugung, dass positive Entwicklungen möglich sind. Wenn Lehrer und Lehrerinnen Erfolge erwarten und erzielen, werden sie selbst eine positive Grundeinstellung ausstrahlen.

Dazu gehört auch, dass Schwierigkeiten, geringe Erfolge oder Misserfolge nicht als unüberwindbar angesehen werden, oder mit negativen außerschulischen Sozialisations- und Erziehungsbedingungen begründet werden.

Gute Schulen werden Kindern und Jugendlichen etwas zutrauen, das heißt auch und vielleicht vor allem: Sie mit Erwartungen und Anforderungen konfrontieren.

Und zu einer positiven Einstellung gehört auch eine Kultur der personalen Zuwendung, des persönlichen Gesprächs mit Schülern, der Anteilnahme an guten, aber auch schwierigen persönlichen Entwicklungen.

Eine gute Schule wird sich vermutlich nur in langfristigen Prozessen entwickeln. Die Entwicklung mit allen Veränderungen, Verbesserungen und gelegentlich auch Rückschritten vollzieht sich meistens in kleinen und kleinsten Schritten. Es spricht nichts dagegen, diese Prozesse auch durch schriftlich formulierte Konzepte zu begleiten, wie z.B. in den Elternvereinbarungen. Gute Schulen entstehen jedoch nicht auf dem Papier und nicht durch Papier. Sie entstehen durch die Herausbildung einer guten Praxis. Schule braucht dabei auch Mut, Neues zu probieren und Risiken einzugehen. Wenn dabei falsche Schritte gegangen werden, dann sind sie klein und schnell zu korrigieren.

Ein lebendiges Schulleben kennzeichnet eine gute Schule. Sie bemüht sich, über den Unterricht hinaus ein breites Spektrum zu organisieren: Schulfeste, Wahlangebote sportlicher, künstlerischer, technisch-gestaltender, wissenschaftlicher Art, Spielangebote, freie Kommunikationsmöglichkeiten im Schulgelände, Schulzeitungen, Projekte außerhalb des Unterrichts, lebendige Schultraditionen usw.

Dies kann vermutlich am besten gelingen, wenn Lehrer und Lehrerinnen pädagogisches Engagement und Interesse an kindlicher und jugendlicher Persönlichkeitsentwicklung auch über die Dimension des Unterrichts hinaus entwickeln. Das Konzept der Ganztagschule trägt hier wesentlich dazu bei und sollte weiterhin gefördert werden.

**Guter Unterricht – gute Schule?** Die Frage ist ähnlich schwer zu beantworten.

Guter Unterricht ist nicht fixiert auf methodische Lehren. Es gibt durchaus viele Wege zu vernünftigen Zielen. Die Methoden sollten der jeweiligen Klasse oder Lerngruppe angemessen sein. Mit einer disziplinierten Klasse z. B. sind andere Verfahren möglich und sinnvoll als in Klassen, in denen Disziplin vordringlichstes Lernziel sein muss.

Guter Unterricht ist eher auf Förderung als auf Auslese ausgerichtet, auf die Bemühung, möglichst jedem Schüler weiterführende Erfolgserfahrungen zu vermitteln.

Kinder bekommen häufige Rückmeldungen, entweder in Form vorwiegend positiver Anerkennung oder durch Hinweise, die zeigen, wie Schwierigkeiten und Mängel überwunden werden können.

Lehrer/innen haben einen Überblick über das Unterrichtsgeschehen. Sie nehmen wahr, was sich in ihrem Unterricht abspielt, wo einzelne Schüler oder Schülergruppen abschalten, nicht mitkommen, sich "ausklinken", wo also individuell oder gruppenspezifisch besondere Zuwendung, Hilfen, ggf. kritische Hinweise, Appelle oder auch Mahnungen am Platze sind,

oder aber, wo andere Schüler oder Schülergruppen unterfordert sind, wo also neue Impulse, Zusatzaufgaben o. ä. sinnvoll erscheinen.

Guter Unterricht ist strukturiert und die Schüler wissen, worum es geht. Dennoch geht er nicht nach einem starren Plan. Er ist vielmehr offen für Spontaneität, ohne dabei den Faden zu verlieren.

Die für den Unterricht zur Verfügung stehende Zeit wird wirklich für Unterricht verwendet: Unterricht fängt pünktlich an, wird selten unterbrochen oder vorzeitig beendet, es fällt insgesamt weniger Unterrichtszeit aus, Lehrer/innen und Schüler fehlen selten, es wird wenig "getrödel" bzw. Zeit durch organisatorische Aufgaben vergeudet.

### **Ein schwieriges Unterfangen - mit Eltern und dem Umfeld der Schule zu kooperieren?**

Wir glauben nicht. Schule hat eine Informationspflicht, vor allem gegenüber den Eltern. Aber auch gegenüber der Schulöffentlichkeit, dem Schulträger, den Kooperationspartnern und der Schulaufsicht.

Die Schule sollte auch darauf bestehen, dass Eltern ihre erzieherische Verantwortung wahrnehmen.

Eltern sind in der Regel zu aktiver Mitwirkung an der Gestaltung einer Schule bereit. Diese Bereitschaft werden gute Schulen ebenso nutzen wie die Zusammenarbeit mit wohlwollenden Partnern. Die Arbeit in der Elternmitwirkung ruht häufig auf zu wenigen Schultern. Das bedeutet nicht, dass andere Eltern sich nicht für ihre Kinder und deren Leben in der Schule interessieren, es hängt eher mit anderen Faktoren zusammen, wie z.B. zu wenig Zeit, keine Lust auf formale Sitzungen und Diskussionen, Unsicherheit über das eigene Wissen, eigene Kompetenzen, Unsicherheit darüber, was und wie etwas eingebracht werden kann und vieles mehr.

Die Aufgaben in der Elternmitwirkung sind vielfältig und beschränken sich nicht auf Gremienarbeit. Die Kompetenzen, das Wissen und die Erfahrungen der Eltern einer Schule sind ebenso vielfältig. Es scheint nur häufig nicht so gut zusammenzupassen.

Gute Schulen werden nicht ohne Ideen, Mut und Risikobereitschaft vor Ort, niemals jedoch am Gängelband der Bürokratie entstehen. Sie entwickeln sich nicht durch die möglichst korrekte Umsetzung administrativer Vorgaben. Sie fordern und übernehmen vielmehr Verantwortung für ihren Prozess.

Damit wird nicht der "autonomen" Schule das Wort geredet. Jede Schule braucht außer der Kommunikation nach innen auch Anregung und Anerkennung von außen, Schul- und Unterrichtsforschung, Ausbildung, Ressourcen, auch Aufsicht. Aber sie braucht gewiss keine anmaßende Qualitäts- und Zieldefinitionen schulferner Einrichtungen und Apparate.

Das Verhältnis von Gesellschaft und Bildung muss sich auf einem neuen Niveau einregeln. Der Einzelne, wie auch die Gesellschaft und Politik müssen erkennen, dass Bildung einen hohen Stellenwert einzunehmen hat. Sich zu bilden muss für jeden ein erstrebenswertes Ziel sein.

Das bedeutet auch zu erkennen, dass Bildung - vor allem an Schulen - etwas mit "sich mühen" und "anstrengen" zu tun hat. Schüler sind auf veränderte Einstellungen hinzuführen, in deren Mittelpunkt die Erkenntnis steht, dass sich "Bildung" nicht bei "Spaß und Muse ereignet", sondern auf individuelle geistige Kraftanstrengungen angewiesen ist. Diesbezüglich haben Schule wie in besonderer Weise das Elternhaus spezifische Grundeinstellungen bei Schülern rechtzeitig zu fordern und zu fördern.

Vielleicht würde eine gute Schule ihre Merkmale und Prozesse auch anders beschreiben, als es in diesem Text versucht wurde. Umso besser.

Kathrin Hinze  
LER-Vorsitzende

## MOBBING - SCHLUSS DAMIT!

Unter diesem Titel läuft seit 22. Februar eine Aktion des Netzwerks Seitenstark und des Deutschen Kinderhilfswerks e.V., die vom Bundeselternrat unterstützt wird. Bis zu 500.000 Mobbingfälle gibt es Woche für Woche an deutschen Schulen. Diese erschreckende Zahl beruht auf einer Hochrechnung der Münchener Privatdozentin Mechthild Schäfer nach einer repräsentativen Umfrage in Bayern.

Als Mobbing werden dabei nicht Rangeleien auf dem Schulhof oder Streit zwischen zwei Kindern bezeichnet. Mobbing ist das gezielte Vorgehen einer Gruppe gegenüber einem Einzelnen, der sich in der Situation nicht wehren kann und deshalb beleidigt, belästigt oder ausgegrenzt wird. Zum Mobbing-Opfer kann jeder werden, haben Untersuchungen gezeigt. Entscheidend ist dabei, dass man den anderen als verletzlich auffällt. Dabei spielen Äußerlichkeiten oder die falsche Kleidung eine Rolle; häufig aber befinden sich Mobbing-Opfer in einem labilen Zustand: Sie sind zum Beispiel unglücklich verliebt, müssen eine Trennung verkraften oder stehen unerwartet zwischen zwei Freunden.

Die Mitglieder von Seitenstark wollten nicht länger hinnehmen, dass das Thema Mobbing lediglich Bestürzung und Hilflosigkeit hervorruft. "In Skandinavien ist man viel weiter", erklärt Micha Labbé, der Initiator der Aktion, der mit seiner Kinderseite Teil des Netzwerks ist. "Dort haben alle Schulen Notfallpläne, und Schüler können ihr Recht auf eine gewaltfreie Schulumgebung einklagen." Seitenstark griff diese Anregung aus Schweden auf und organisierte die Aktion "Mobbing - Schluss damit!"

Auf einer Website ([www.mobbing.seitenstark.de](http://www.mobbing.seitenstark.de)) werden Kinder, Eltern und Lehrer online zu Mobbing in der Schule und zu Cyber-Mobbing befragt. Die Fragebögen wurden vom Zentrum für empirische pädagogische Forschung (zepf) der Universität Landa entworfen und werden dort auch ausgewertet. Die Umfrage für Schüler läuft bereits, die Eltern-Befragung startet am 2. April, die Lehrer kommen im Mai dazu.

Außerdem finden sich auf der Seite Foren, in denen alle Gruppen eigene Erfahrungen mit Mobbing berichten und die Erfahrungen anderer kommentieren können. Alle Einträge werden gelesen, bevor sie frei geschaltet werden. Das gehört zur Philosophie von Seitenstark. Weiterhin gibt es Informationen über Mobbing, Anregungen und Tipps und Hinweise zu Beratungsangeboten für gemobbte Kinder. Lehrer-online.de hält als Partner der Aktion für Lehrerinnen und Lehrer Unterrichtsempfehlungen bereit.

Ein zweiter Baustein der Aktion ist ein Schülerwettbewerb, den das Deutsche Kinderhilfswerk e.V. ausrichtet. Gesucht werden "Clevere Ideen gegen Mobbing". Klassen, Arbeitsgemeinschaften oder andere Gruppen können sich daran beteiligen und einschicken, was sie erarbeitet haben. Das können Rapsongs, Videos oder Kunstwerke sein; auch Ideen, wie man eine Schule oder eine Gemeinde in Schwung bringt im Kampf gegen Mobbing sind willkommen. Der Wettbewerb läuft bis zum 15. Juli 2007. Als erster Preis lockt eine Klassenfahrt, weitere Gewinne sind ein Tag im Freizeitpark für die ganze Klasse und der Besuch einer Theatergruppe an der eigenen Schule.

Die Gewinner des Wettbewerbs und die ersten Ergebnisse der Befragung werden zum Weltkindertag im September bekannt gegeben. Danach sollen die besten Einsendungen zum Download bereit gehalten werden, damit die Ideen zum Thema zu Gleichaltrigen zurückgegeben werden und dort neue Denkprozesse anregen können.

[www.mobbing.seitenstark.de](http://www.mobbing.seitenstark.de)

## **INFORMATIONEN ZUM WETTBEWERB VISION 2027 JETZT ONLINE VERFÜGBAR**



"Vision 2027 – Erfinde deine Zukunft" ist ein Technik-Kreativ-Wettbewerb für Mädchen, bei dem sie sich als Zukunftsforscherinnen und Technikdesignerinnen aktiv beteiligen können.

Gefragt sind zukunftsweisende Ideen für die Welt in 20 Jahren, die das Leben aller lebenswerter machen und Probleme in den Bereichen Umwelt und Energie, Mobilität und Verkehr, Gesundheit und Ernährung lösen können.

Der Phantasie für Wettbewerbsbeiträge sind keine Grenzen gesetzt. Begeistern und unterstützen Sie Mädchen in der Entwicklung ihrer Zukunftsvisionen.

Schülerinnen ab Klasse 5 sind eingeladen, ihre Ideen in kreative „Erfindungen“ umzusetzen. Auch Schülerinnen aus europäischen Nachbarländern können sich beteiligen.

Es gibt attraktive Preise zu gewinnen.

Geben Sie die Informationen an interessierte Lehrkräfte und Mädchen weiter. Rufen Sie zur Beteiligung auf. Nutzen Sie Kontakte aus Ihren europaweiten Schul- und Städtepartnerschaften und machen Sie den Wettbewerb "Vision 2027" auch über die Grenzen bekannt.

Plakate und Flyer, die sich an Mädchen wenden, können Sie ab sofort unter [www.girls-day.de](http://www.girls-day.de) unter Materialbestellungen anfordern (auch in englisch, französisch, polnisch und niederländisch).

Einsendeschluss für Erfindungen ist der 27. April 2007. Die Preisverleihung erfolgt am 13. Juni 2007 mit Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Berlin.

Der Wettbewerb findet im Rahmen des "Girls' Day - Mädchen-Zukunftstags" und des "Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle" statt.

Informationen zum Wettbewerb sind ab sofort unter [www.girls-day.de/vision\\_2027](http://www.girls-day.de/vision_2027) abrufbar.

Wir freuen uns auf zahlreiche und vielfältige Beiträge!

Für weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne jederzeit zur Verfügung!

Ute Kempf

Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V.

Vision 2027 - Erfinde deine Zukunft!

Projektkoordination | Öffentlichkeitsarbeit

Wilhelm-Bertelsmann-Straße 10 | 33602 Bielefeld

fon: +49 521 106 73 48 | fax: +49 521 106 71 54

[vision@girls-day.de](mailto:vision@girls-day.de) | [www.girls-day.de/vision2027](http://www.girls-day.de/vision2027)

## KURZNACHRICHTEN

---

### Thema: Tatort Familie

In Jena haben rund 1.500 Mediziner, Sozialarbeiter, Juristen und Pädagogen über Möglichkeiten zum verstärkten Kinderschutz diskutiert. Thüringens Sozialminister Klaus Zeh forderte ein energisches Vorgehen gegen die Misshandlung von Kindern. Zum Auftakt der ersten Thüringer Kinderschutz-Konferenz in Jena sagte er, jeder einzelne Fall von Misshandlung oder Verwahrlosung sei ein Fall zuviel. Ziel dieser Konferenz ist es, ein Netz aufzubauen, um rechtzeitig eingreifen zu können. "Dazu gehört, dass jeder der daran Beteiligten (Berufsgruppen d. Red.) neben seiner eigenen Aufgabe auch die der anderen kennt und versteht, sagte der Leiter der Thüringer Kinderschutzambulanz, Thorsten Döde. Nach Angaben der 12 Thüringer Kinderschutzdienste gibt es in Thüringen etliche Fälle von misshandelten und missbrauchten Kindern. Jährlich werden etwa 1.000 Kinder betreut. Die meisten sind zwischen 7 und 13 Jahren. Mädchen seien fast doppelt so oft betroffen wie Jungen. Sexueller Missbrauch ist danach das häufigste Delikt. Schockierende Fälle waren aus Thörey und Sömmerda bekannt geworden. In Thörey waren auf einem Grundstück drei Babyleichen gefunden worden. Die heute 21-jährige Mutter hatte gestanden, die drei Kinder zur Welt gebracht zu haben. In Sömmerda war im Dezember ein Säugling verdurstet. Quelle: MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK

---

### IMPRESSUM

Die BER-NEWS werden vom Bundeselternrat herausgegeben und können auf der Homepage abonniert werden: [www.bundeselternrat.de](http://www.bundeselternrat.de)

**Amt. Vorsitzende: Anja Ziegler**

**Geschäftsstelle: Bundeselternrat**

Albert-Buchmann-Straße 15

16515 Oranienburg

Postanschrift:

Postfach 10 01 21

16501 Oranienburg

Telefon 03301 57 55-37/-38

Telefax: 03301 57 55-39

E-Mail: [info@bundeselternrat.de](mailto:info@bundeselternrat.de)

Verantwortlicher Redakteur: Kurt Neumann

Fragen, Kommentare und Anregungen bitte an: [news@bundeselternrat.de](mailto:news@bundeselternrat.de)